aber wohl dazu beitragen, die längst fällige Entscheidung über das Schicksal der Preußenkoalition in greifbare Nähe zu rücken. Die Deutsche Volkspartei hat im preußischen Landtage in einer Anfrage das Auftreten des Professors Basch als eine Herausforderung des preußisch-deutschen Nationalempfindens gekennzeichnet, unter besonderer Hervorhebung des Umstandes, daß Potsdam eine Art von nationalem Heiligtum darstellt, weil von dort aus Preußens Aufstieg begonnen hat.

Diese Seite der Angelegenheit gewinnt noch besondere Bedeutung durch eine in der deutschnationalen Presse veröffentlichte Enthüllung, derzufolge die Reichsregierung einstimmig der als Impresario für Professor Basch fungierenden Liga der Menschenrechte den Wunsch nach Unterlassung des Vortrages ausgedrückt hat. Die Liga hatte nach dieser Darstellung auch die Zurückziehung des Vortrages zugesagt, Professor Basch aber trat dann auf eigene Faust auf die Rednertribüne, weil er sich der Unterstützung der preußischen Behörden sicher glaubte. Da im Gegensatz hierzu der Minister Severing behauptet, daß die Reichsregierung mit ihm über die Zulassung des Vortrages einig gewesen sei, so erscheint eine amtliche Aufklärung unerläßlich. Wenn die deutschnationale Information richtig ist, so wäre damit ein neuer schlagender Beweis dafür geliefert, daß die sozialistisch beeinflußte preußische Regierung einen starken und erfolgreichen Druck auf die Reichsregierung ausübt, um in dieser die sozialdemokratischen Sonderwünsche zur Geltung zu bringen. Es wäre daher im Interesse einer gründlichen Klärung der innenpolitischen Lage sehr zu begrüßen, wenn der volksparteiliche Vorstoß den Auftakt zur Sprengung der Preußenkoalition und zur Einsetzung einer bürgerlichen Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen bilden würde. Durch eine solche Veränderung in der Zusammensetzung der preußischen Regierung erhielte die Reichspolitik endlich den zu ihrer Stetigkeit und Einheitlichkeit auf die Dauer unentbehrlichen Rückhalt in dem führenden Bundesstaate.

Den gleichen bedauerlichen Mangel an nationaler Feinfühligkeit, wie ihn die Potsdamer Schutztruppe des Professors Basch bekundete, hat auch der Dr. Hiller bewiesen, der auf dem Berliner Weltfriedenskongreß sich dazu verstieg, die allgemeine Wehrpflicht als die „schmachvollste aller Sklavereien" zu bezeichnen, „die über die Menschheit je verhängt worden sei". Wenn so etwas auf deutschem Boden gesagt werden kann in einer Zeit, in der selbst einsichtige und patriotisch denkende Demokraten kein Hehl aus ihrer Ueberzeugung machen, daß Deutschland sich eine neue Wehrhaftigkeit schaffen müsse; wenn eine so entwürdigende Verunglimpfung der männlichen Kraft eines freien und großen Volkes im Angesichte ganz Deutschlands, das vor Begierde zittert, sich von dem erniedrigenden Zustande der Wehrlosigkeit zu befreien, in der Reichshauptstadt selbst in die Oeffentlichkeit hinausgeschmettert werden darf, dann ist es in der Tat hohe Zeit, daß die nationalen Schichten unseres Volkes sich einmal etwas eingehender um die Geistesverfassung der Kreise kümmern, die sich in derartigen Gedankengängen bewegen. Die Vertreter dieses trübseligen Internationalismus und Pazifismus ohne Mark und Kraft berufen sich immer mit Vorliebe darauf, daß ihr in nationaler Hinsicht so schauderhaft waschlappiger Denkprozeß „demokratisch" sei. Wie aber eine wahrhafte Demokratie über die Wehrpflicht urteilt, zeigt das Beispiel der Schweiz. Dort hatten jüngst die Anhänger der Befreiung vom Militärdienst aus Gewissensbedenken beantragt, daß für sie ein besonderer Zivildienst eingeführt werden soll. Der Bundesrat hat das aber glatt abgelehnt, und zwar mit der bemerkenswerten Begründung, daß das auf dem Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht beruhende Heer als wesentlichstes Mittel zur Behauptung der schweizerischen Unabhängigkeit keinesfalls geschwächt werden dürfe, weil unter den heutigen Verhältnissen jederzeit die Möglichkeit bestehe, daß die Eidgenossenschaft sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln verteidigen müsse. Diese Entscheidung des schweizerischen Bundesrates mögen der Dr. Hiller und seine Leute sich gefälligst hinter den Spiegel stecken. Das ist echte und wahre Demokratie, die sich von der Blässe der talmidemokratischen Gedanken der Internationalisten nicht ankränkeln läßt.

Man wird sich leider damit abfinden müssen, daß unsere Pazifisten und Sozialisten, so, wie sie heute beschaffen sind, sich niemals zu einer energischen und zielbewußten Vertretung nationaler Belange werden aufraffen können. Nicht einmal ein Mann wie Dr. Quidde, der sonst persönlich allgemeine Achtung genießt, ist dazu imstande; hat er doch auf dem Weltfriedenskongreß sich nicht gescheut, zu erklären, er werde, falls ein Antrag eingebracht würde, der den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund von der vorherigen Bereinigung der Kriegsschuldfrage abhängig mache, einen solchen Antrag überhaupt nicht zur Abstimmung zulassen! Es fehlt eben allen diesen internationalen Geistern, die spezifisch deutsche Gewächse darstellen und nirgendwo anders in solcher unnationalen Perversität zu finden sind, an jedem Verständnis für die seelische Einstellung der überwältigenden nationalen Mehrheit unseres Volkes, dem sie durch ihre internationale Ueberschwänglichkeit entfremdet sind. Solange die Pazifisten und Internationalisten dieses Schlages sich darin gefallen, stets die nationalen Gesichtspunkte zurückzudrängen, um den internationalen Rücksichten den Vorzug zu geben, werden sie sich auch damit abfinden müssen, daß ihnen die nationalen Kreise mit der gebührenden Wertschätzung den Rücken kehren.

Die Regierung gegen den Aufwertungsvorschlag.

Die Fleischerschen Leitsätze vor dem Aufwertungsausschuß.

Berlin, 9. Oktober. Im Unterausschuß des Aufwertungsausschusses des Reichstags wurde heute der Vorschlag des Zentrumsabgeordneten Fleischer für Inangriffnahme einer sofortigen Verzinsung der Reichsanleihen behandelt. Von seiten des Reichsfinanzministeriums wurden gegen den Antrag starke Bedenken geäußert. **Er verstoße gegen die Hauptgrundsätze einer gesunden Finanzwirtschaft, nicht neue Schulden einzugehen, um damit lediglich die Zinsen der alten Schulden zu bezahlen.** Eine solche Maßnahme müßte durch eine ständige Vermehrung der ungedeckten Zinsenlast des Reiches dessen Finanzlage wesentlich verschlechtern, da die Zinsenlast nach wenigen Jahren infolge des Verlaufs der eingezogenen Anleihewerte auf das Doppelte anwachsen würde. Sollte der Geldmarkt flüssiger und damit für neue Anleihebegebungen aufnahmefähiger werden, so werde das Reich genötigt sein, die Aufnahmefähigkeit

für dringende Zwecke des normalen und unabweisbaren Bedarfs

auszunutzen. Es würde die Interessen des Reiches aufs schwerste schädigen, wenn die Aufnahmefähigkeit des Marktes vorweg für Aufwertungszwecke in Anspruch genommen würde.

Die in dem Antrag ausgesprochene Annahme, daß durch die Verzinsung der deutschen Wirtschaft neue bewegliche Mittel zugeführt würden, sei irrig.

Nach dem Antrage würde eine Schuld des Reiches zunächst zum Nennwerte von 15, später von 30 Milliarden bestehen bleiben. Es bleibe auf dem Reiche eine von ihm anerkannte nominale Schuld lasten, die unter Umständen seine Kräfte weit übersteigen könnte. Ob es aber bei einer etwa günstigen Entwicklung der Wirtschaft und der Finanzkreise des Reiches gelingen würde, diese Schuld später zu einem günstigen Satz zu konvertieren, bleibe zweifelhaft.

Nach dem Antrage soll die Hälfte der Anleihen, schätzungsweise 30 Milliarden, dem Reiche zu treuen Händen abgeliefert werden. Entsprechend der Aufwertung des mit einem halben Prozent verzinsten Teiles würde die Oeffentlichkeit erwarten und darauf dringen, **daß auch der abgelieferte Teil später wieder freigegeben und aufgewertet würde.** Dadurch würde

die Schuld weiterhin auf ein untragbares Maß erhöht

werden, was zugleich die Aufnahme der dringend notwendigen neuen Kredite verhindern würde. Namhafte Beträge der deutschen Anleihe, die auf viele Milliarden geschätzt werden können, seien in das Ausland geflossen. Es sei nicht anzunehmen, daß die ausländischen Gläubiger der Aufforderung, Dreiviertel ihres Bestandes an das Reich abzuliefern, um für das letzte Viertel eine geringe Verzinsung zu erhalten, nachkommen würden. Blieben sie aber im Besitze ihrer bisherigen Anleihestücke, so bleibe die Gefahr bestehen, daß sie später mit Ansprüchen auf diese Stücke gegen das Reich hervorträten. Der Zentrumsantrag wäre also nicht geeignet, dieser Gefahr vorzubeugen.

Bei der Besprechung

des Zentrumsantrags Dr. Fleischer im Ausschuß erklärte der Abg. Dr. **Wunderlich** (D. Vp.), daß man sich von den Zentrumsvorschlägen keinen Vorteil für die Anleihegläubiger versprechen könne. Sobald die Finanzverhältnisse des Reiches es wieder erlaubten, müßte die Zinsen- und Aufwertungsfrage für die Reichsanleihen unbedingt gelöst werden. Keinesfalls dürfte die Soziallösung als eine endgültige betrachtet werden, sondern lediglich als eine Abschlagszahlung auf die zukünftige allgemeine Regelung.

Abg. Dr. **Dernburg** (Dem.) hielt ebenfalls die Vorschläge des Abg. Dr. Fleischer für nicht durchführbar und für nicht empfehlenswert.

Abg. Dr. **Emminger** (Bayr. Vp.) lehnte gleichfalls den Fleischerschen Vorschlag ab.

Abg. **Hergt** (Dn.) wiederholte seine früheren Bedenken gegen die Wohlfahrtsvorschläge des Reichsfinanzministeriums, die er für unzulänglich hielt. Die Rechtsansprüche der Gläubiger der Reichs- und Staatsanleihen müßten bezüglich der Altbesitzer sofort geregelt, im übrigen aber vorbehalten und der Zukunft überlassen werden. Der Redner faßte dann die Ergebnisse der Aussprache und seiner Vorschläge kurz zusammen und wies nach, daß gewisse neue Quellen für Mittel zur Ausführung der Wohlfahrtspläne des Reichsfinanzministeriums in weit größerem Umfange erschlossen werden könnten.

Auch der sozialdemokratische Redner **Keil** hielt den Antrag Fleischer für unausführbar. Der Ausschuß war einmütig der Ansicht, daß jeder zu spekulativen Zwecken erworbene Besitz von öffentlichen Anleihen usw. von einer etwa zu treffenden Neuregelung des Aufwertungsproblems ausgeschlossen werden müsse.

Einmütig wurde in der heutigen Sitzung der Ansicht Ausdruck gegeben, daß jeder zu spekulativen Zwecken erworbene Besitz an öffentlichen Anleihen von der etwa zu treffenden Neuregelung des Aufwertungsproblems ausgeschlossen sein müsse.

Am Freitag werden die Beratungen fortgesetzt werden.

Der Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 9. Okt. Der Aeltestenrat des Reichstages wird, wie wir aus dem Reichstagsbureau erfahren, am nächsten Montag nachmittag zusammentreten, um über den Tag und die Tagesordnung der nächsten Reichstagssitzung Beschluß zu fassen. (W. T. B.)

Das neue Programm des Beamtenbundes.

Bundestag des Deutschen Beamtenbundes.

Berlin, 9. Oktober. In Berlin trat heute der Deutsche Beamtenbund zu seinem sehr stark besuchten vierten Bundestag zusammen. Nach dem Geschäftsbericht umfaßt der Beamtenbund

gegenwärtig 900 000 Mitglieder.

Der Bundesvorsitzende Lehrer Flügel legte sodann die Grundlinien der Bundespolitik in den letzten zwei Jahren dar. Er führte aus, es handelte sich vor zwei Jahren darum, entweder den Weg der politisch gerichteten Arbeitnehmerpolitik zu gehen, oder politisch keinen Anteil zu nehmen. Der Bund habe den zweiten Weg gewählt, denn den Beamten seien die Methoden der freien Arbeitnehmer kraft ihrer Stellung versagt. Der Beamte sei nicht nur Arbeitnehmer, sondern gleichzeitig auch Träger des Staatswillens. Er sei Treuhänder der Volksgesamtheit. Das deutsche Beamtentum habe dem Volke in schwerster Zeit die Treue gehalten, ohne daß das Volk diese Treue immer erwidert hätte, wie es seine Pflicht gewesen wäre. Redner wies darauf hin, daß ein großer Teil der Beamtenschaft ein Einkommen habe, das weit unter dem kulturellen Existenzminimum liege. **Der Deutsche Beamtenbund wolle eine wahre Volksgemeinschaft und eine Ausschließung der Klassenkampfgemeinschaft, wie sie in anderen Organisationen sich zeige.**

Weiter referierte heute noch der Direktor **Winter** über ein

neues Bundesprogramm,

aus dem folgendes hervorzuheben ist.

1. Verfassung und Gesetz: **Der Deutsche Beamtenbund steht auf dem Boden der geltenden republikanischen Verfassung des Deutschen Reiches.**

2. Beamtenrecht: **Der Deutsche Beamtenbund fordert die Erhaltung des Berufsbeamtentums auf öffentlich-rechtlicher Grundlage.**

3. Beamtenbesoldung: **Die Besoldung des Beamten ist nach dem Grundsatz der Leistung zu bemessen. Solange jedoch die finanzielle Not des Reiches die volle Durchführung dieses Grundsatzes nicht zuläßt, ist dem Familienstand sowie besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Weiter nimmt der Deutsche Beamtenbund für die Beamtenschaft das uneingeschränkte Recht zur wirtschaftlichen Selbsthilfe in Anspruch.**

Auf dem Boden dieser Grundsätze will der Deutsche Beamtenbund unter Wahrung der parteipolitischen und religiösen Neutralität die gesamte deutsche Beamtenschaft zusammenschließen. Er ist bereit, im Rahmen seines Programms und unter Wahrung seiner organischen Grundlage sowie seiner Selbständigkeit in den gemeinsamen Fragen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit allen anderen Spitzengewerkschaften zusammenzuarbeiten.

Zur Beamtenbesoldungsfrage

nahm Verbandssekretär **Lentz** das Wort, der an der Besoldungspolitik der Regierungen schärfste Kritik übte. Der Deutsche Beamtenbund müsse mit allen Kräften für eine den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte **Erhöhung der Dienstbezüge** der Beamten eintreten. Dabei sei insbesondere der Notlage der Beamten der unteren Besoldungsgruppen Rechnung zu tragen. Die ungerechte und unsoziale Spannung zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen sei erträglicher zu gestalten. Als selbstverständlich müsse angenommen werden, daß das Einkommen eines Beamten der Gruppe III, die die Mehrzahl der Beamten umfasse, so zu bemessen wäre, daß er damit eine Familie von mindestens vier Köpfen ernähren könne.

Den Beschluß des ersten Verhandlungstages machte die einstimmige Annahme einer Entschließung, die Dank und Hilfsbereitschaft für die Kollegen an Rhein und Ruhr ausspricht.

Die Schlußverhandlungen über die Anleihe.

110 Millionen Dollar von Amerika fest übernommen.

(Durch Funkspruch.)

Newyork, 9. Okt. Nach der „New York Times" sind die Vorbereitungen für die Subskription der deutschen Anleihe tatsächlich beendet. Ein Syndikat unter der Führung von Morgan u. Co., Kuhn, Loeb u. Co., der First Nationalbank und der National Citybank wird den vorgesehenen Anteil von 110 Millionen Dollar übernehmen. Etwa 100 Banken in allen Teilen des Landes, darunter 50 in Newyork, bewarben sich um die Beteiligung an der Subskription. Die Obligationen werden siebenprozentige Zinskupons haben. Angesichts der Voranmeldungen auf die Obligationen der deutschen Anleihe,

die auf eine bedeutende Zeichnung schließen lassen,

empfehlen einige Bankiers die Festsetzung eines Preises auf ungefähr 98 Prozent. Es besteht bereits unter den Banken ein lebhafter Wettbewerb, um genug Obligationen für die Nachfrage zu erhalten. Man sagt, die aus dem Kriege stammende feindliche Stimmung sei durchaus verschwunden, was hauptsächlich der Annahme des Dawes-Planes durch Deutschland zuzuschreiben sei. (W. T. B.)

Luther wieder in London.

(Durch Funkspruch.)

London, 9. Okt. Reichsfinanzminister Dr. Luther ist hier eingetroffen. (W. T. B.)

Die französische Zeichnung beinahe beendet.

Paris, 9. Okt. „Information" berichtet: **Die Zeichnung des auf Frankreich entfallenden Anteils der 800-Millionen-Anleihe scheine beinahe beendet zu sein.** Frankreich sei noch nicht über die Bedingungen der Operation unterrichtet, glaube jedoch, daß sie fast dieselben seien, wie für den amerikanischen Anteil. Die nach London gereiste Delegation habe jetzt nur noch die Frage zu regeln, ob die in Frankreich gezeichnete Anleihe auf den internationalen Märkten, namentlich in London, gehandelt werden könne. (W. T. B.)

Zahlungsfrist für die belgischen Zeichner.

Brüssel, 9. Okt. „Etoile Belge" berichtet, daß die in London geführten Verhandlungen über den belgischen Anteil der 800-Millionen-Anleihe ergeben hätten, daß die belgischen Zeichner nicht sofort ihre Zeichnungsbeträge zu entrichten hätten, sondern daß ihnen eine Art Frist bis zu einem Jahre gewährt werde. Eine öffentliche Emission der Anleihe finde in Belgien nicht statt. Das erklärt sich aus der Tatsache, daß der belgische Anteil an der Anleihe im Betrage von 1,5 Millionen Pfund Sterling bereits voll gezeichnet sei.

Vorläufig kein deutscher Aufnahmeantrag an den Völkerbund.

Berlin, 9. Okt. Die Meldung, wonach Deutschland im Dezember in den Völkerbund aufgenommen werden solle und für diesen Zweck eine außerordentliche Völkerbundsversammlung im Dezember stattfinden werde, wird von Berliner zuständiger Stelle als unrichtig bezeichnet. Das gehe schon aus dem Grunde nicht, weil am 9. Dezember der Völkerbundsrat in Rom zusammentreten solle. Selbst wenn ein Antrag Deutschlands vorläge, könnte ein außerordentlicher Zusammentritt erst im Januar erfolgen. Zudem könne nach der Satzung des Völkerbundes eine außerordentliche Tagung nur stattfinden, wenn ein oder mehrere Mitglieder des Völkerbundes sie verlangten und die übrigen Mitglieder damit einverstanden wären. Einen Monat nach der Einverständniserklärung könnte dann erst die außerordentliche Tagung stattfinden. Von deutscher Seite sei ebenfalls ein Aufnahmeantrag noch nicht gestellt worden **und für die nächste Zeit auch nicht in Erwägung gezogen**, da die deutsche Regierung erst völlige Klarheit darüber haben müsse, ob der ständige Ratssitz völlig gesichert sei.

Uebergabe der englischen Antwort.

London, 9. Okt. Reuter erfährt, daß die britische Antwort auf das deutsche Memorandum heute der deutschen Botschaft zur Uebermittelung nach Berlin überreicht wurde.

Die Schwierigkeiten der Spanier in Marokko.

Primo de Rivera bleibt an der Front.

Madrid, 9. Oktober. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die spanischen Operationen in Marokko augenblicklich zum Stillstand gekommen sind, die feindlichen Angriffe aber andauern.

„ABC" veröffentlicht eine Erklärung Primo de Riveras, in der er darlegt, daß die feindlichen Streitkräfte im westlichen Abschnitt stark seien und durch neue aufständische Stämme fortwährend verstärkt würden. Er selbst werde vor Abschluß der Operationen nicht nach Spanien zurückkehren, weil die Anwesenheit des Chefs des Direktoriums zur Hebung der Moral bei der Truppe notwendig sei. Die Verbindung von Tetuan nach Tanger-Larisch und Alcazar sei normal. (W. T. B.)

Verhaftung eines Wiener Bankdirektors.

Wien, 9. Okt. Der Generaldirektor der Nordisch-Oesterreichischen Bank, Waldegg, wurde wegen Verdachtes des Betruges in das Landgericht eingeliefert. (W. T. B.)

Die Berliner Feier des Weltpostjubiläums.

Berlin, 9. Okt. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Weltpostvereins fand am 9. Oktober abends im Lichthofe des Postmuseums eine Feier statt, zu der außer dem Reichspräsidenten und Vertretern mehrerer höherer Behörden auch die Witwe des ersten deutschen Generalpostmeisters v. Stephan erschienen war. **Reichspostminister Hoefle** begrüßte die Versammlung und wies darauf hin, daß an diesem Tage vor 50 Jahren in der schweizerischen Bundeshauptstadt Bern das Werk vollbracht wurde, das alle Kulturnationen in verkehrswirtschaftlicher Hinsicht zu einer Einheit verschmolzen habe. Die Deutschen dürften stolz auf dieses Werk sein. Ist es doch einer der Ihrigen gewesen, der den Anstoß zu diesem internationalen Bund gegeben habe, Heinrich v. Stephan. Zur besonderen Freude gereiche es, inmitten dieser Versammlung Stephans Lebensgefährtin zu sehen.

Der jetzige Präsident der Oberpostdirektion Geh. Postrat Schenk hielt dann einen Vortrag über Entstehung, Bedeutung und Wirkung des Weltpostvereins. Es folgten praktische Vorführungen aus den Gebieten des Fernsprech- und Funkwesens und der Telegraphieübertragung von Lichtbildern, eine drahtlose Telephonieverbindung mit dem D-Zuge Hamburg—Berlin, ein Gespräch mit dem auf See befindlichen Dampfer „Sierra Morena", eine wohlgelungene Uebertragung eines Bildes Heinrich v. Stephans und endlich eine Uebertragung der Staatsoper. (W. T. B.)

Kränze am Weltpostdenkmal in der Schweiz.

Bern, 9. Okt. Die schweizerische Presse veröffentlicht heute Gedenkartikel anläßlich der vor 50 Jahren erfolgten Gründung des Weltpostvereins. Am internationalen Weltpostdenkmal wurden Kränze niedergelegt. (W. T. B.)

Der Vormarsch Tschang-Tso-Lins.

Schanghai, 9. Okt. Nach der Einnahme von Schanhaikwan durch die Truppen Tschang-Tso-Lins, die gestern abend erfolgte, haben sich die Tschili-Truppen in der Richtung auf Tschinwongtao zurückgezogen. Zahlreiche Soldaten sind zur Armee Tschang-Tso-Lins übergegangen.

SLUB
Wir führen Wissen.